

Änderungsantrag Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft Ersteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Beteiligt: Sitzungsdienst Büro des Präsidenten der Bürgerschaft	Datum: 12.09.2017	
Sabine Krüger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bündnis für Wohnen in der Hansestadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
13.09.2017	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Unter Punkt 1., im zweiten Abschnitt: "Das zu bildende Bündnis soll eine Vereinbarung treffen, die nachfolgende Elemente enthält:"
wird im zweiten Anstrich die Zahl 2.000 durch 1.200 ersetzt.

Der Anstrich lautet dann:

- Entstehung neuer Wohnungen entsprechend des aktuellen Bedarfs (Bevölkerungsprognose) mit mindestens jährlichen 1.200 Wohneinheiten im Zeitraum 2018-2023.

Sachverhalt:

Es besteht ein Mangel an Wohnungen, vor allem an bezahlbaren Wohnungen. Ein zu schneller Anstieg der Zahl der Neubauvorhaben würde die Baukosten aber erheblich in die Höhe treiben, wegen der sprunghaft steigenden Nachfrage. Daher ist ein schrittweiser Anstieg der Neubaumaßnahmen sinnvoll und eine Zielvorgabe von mindestens 2.000 neuen Wohnungen bereits ab 2018 wenig realistisch und zielführend.

Laut Stat. Jahrbuch der Hansestadt Rostock 2016 gab es folgende Zahl von Baugenehmigungen für neue Wohnungen in der Vergangenheit:

1995	926
2000	981
2005	1 158
2010	332
2014	447
2015	999

Daher ist eine Zielzahl von mindestens 1.200 Wohnungen schon ein deutlicher Schritt nach vorn und diese Zahl könnte dann im angestrebten Bündnis für Wohnen weiter konkretisiert werden.

gez. Sabine Krüger
Stellv. Fraktionsvorsitzende